

# Mindestlohn für Mitarbeiter

**SOZIALES** OBW-Chef möchte höhere Bezahlung in den Werkstätten für Behinderte

VON PETER SAATHOFF

**EMDEN** – Die Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (OBW) kämpft zurzeit für den Mindestlohn bei ihren beeinträchtigten Angestellten. Zurzeit verdienen die Mitarbeiter in Werkstätten, Verkaufstresen und Co. noch weniger Geld, dafür erhalten sie aufstockendes Bürgergeld. Es wäre ein Schritt, den Mitarbeitern mehr Wertschätzung zukommen zu lassen, findet OBW-Chef Jörn Malanowski – und es wäre ein Schritt, Kritik der Vereinten Nationen entgegenzukommen. Die UN erwartet in ihrem Behindertenrechtsreport Veränderungen bei Werkstätten für behinderte Menschen, zu denen auch die Emdener OBW zählt.

## Große Veränderungen bei der OBW

„Daher befinden wir uns gerade in einem Transformationsprozess“, erklärt Malanowski. Der Unterschied klingt akademisch: Statt wie bisher Angebote zu entwerfen und den Nutznießern diese Möglichkeiten anzubieten, solle zukünftig vom anderen Ende her gedacht werden, also von der Person aus. „Wir haben den Wechsel von der Angebots- auf die Personenzentrierung“, sagt Malanowski. „Bisher sieht der Gesetzgeber Mängel und die werden abgestellt – zukünftig sprechen wir mit den Betroffenen und finden heraus, was sie sich wünschen.“ Mithilfe entsprechender Verfahren sollen Interessen geweckt und gefunden werden.

## Schwierigkeiten beim ersten Arbeitsmarkt

Nicht die einzige Heraus-



Er würde gerne mehr zahlen, aber aufgrund der komplizierten Rechtslage kann er es nicht: Jörn Malanowski, Chef der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Werkstätten GmbH, durchlebt mit seiner OBW einen anspruchsvollen Transformationsprozess.

BILD: PETER SAATHOFF

forderung, vor der die OBW steht. Hunderte Menschen nutzen die Angebote, es sind Kinder in Krippen und Kitas,

## DIE OBW

**Die OBW** ist die Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH, eine gemeinnützige Einrichtung zur Eingliederung von Menschen mit Beeinträchtigung mit Hauptsitz in Emden.

**Die Gründung** war im Jahr 1964 mit Wohnsitzen und Werkstatt. 1974 wurde dann ein Freizeitklub ergänzt. Inzwischen ist die

Senioren und natürlich der allergrößte Teil als Erwachsene im Erwerbsleben, im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, den der Staat finanziell unterstützt. Genau dieser Arbeitsmarkt ist der UN ein Dorn im Auge. Er führt zur Kritik, die OBW und andere Werkstätten hätten kein Interesse, Menschen fit für den ersten Arbeitsmarkt zu machen und damit inklusiv zu wirken. Segregation statt Inklusion?

Ein Vorwurf, der Malanowski ärgert – und den er so nicht stehen lassen will. Denn viele Bausteine dieses Vorwurfs lägen gar nicht in der Hand der Werkstätten. „Zum einen“, sagt Malanowski, „kommen nur Menschen zu den Werkstätten, denen die Agentur für Arbeit gutachterlich attestiert hat, gar nicht arbeitsfähig für den ersten Arbeitsmarkt zu sein – und zum zweiten müssen bei einer regulären Festanstellung drei Parteien mitspielen: neben den Werkstätten die Arbeitgeber und die Mitarbeiter selbst.“

Und nicht immer gebe es Arbeitgeber, die bereit wären, die Lohnkosten für einen regulären Arbeitsplatz zu bezahlen und ihn mit einem beeinträchtigten Menschen zu besetzen. Zusätzlich gebe es

auch genügend OBW-Mitarbeiter, die in früheren Versuchen bereits Erfahrung mit dem ersten Arbeitsmarkt gemacht hätten und nicht wieder dahin zurückkehren wollen. „Was angesichts der Gutachten der Agentur für Arbeit auch verständlich ist.“ Tatsächlich wechselten jährlich nur ein oder zwei Menschen in den ersten Arbeitsmarkt.

## Mindestlohn für Selbstwirksamkeit

Anders sehe es bei Rehabilitationen aus. Die Menschen würden peu à peu via Sozialarbeiter und Co. auf eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet – und da gelinge das auch. Und der Mindestlohn? Den würde Malanowski lieber heute als morgen zahlen. Nicht, weil das monetär einen großen Unterschied machen würde zu der aktuellen Situation mit OBW-Lohn und Bürgergeld, aber für das Gefühl der Mitarbeiter. „Damit sie Selbstwirksamkeit erleben.“ Dafür müsse aber der Staat sorgen, der das jetzige System vorschreibe. „Immerhin: Wir zahlen mit 350 statt 250 Euro immerhin schon 100 Euro mehr, als das Land Niedersachsen vorsieht.“

vom Transformationsprozess.“

**674 Menschen** mit geistigen Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen arbeiten derzeit bei der OBW. Dazu kommen 600 Menschen ohne Beeinträchtigungen, wie die GmbH mitteilt. Dazu kommen unter anderem 80 Kinder und Senioren.